

Ungewisse Zukunft

Etwa 40 junge Geflüchtete sollen aus Bremen umverteilt werden – Verein Fluchtraum weist auf Situation hin



Der aus Guinea stammende Boubacar Diallo plagt sich fast täglich mit Sorgen um seine Zukunft in Deutschland.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

VON PATRICIA FRIEDEK

Bremen. Boubacar Diallo durchlebt ungewisse Monate. Seit Ende April muss er sich Sorgen über seine Zukunft machen: Kann er seine Ausbildung zum Tischler anfangen? Was wird aus seinem B1-Deutschkurs? Kann er überhaupt in Deutschland bleiben? „Ich gehe jeden Abend mit den Gedanken schlafen und wache jeden Morgen damit auf“, sagt er am Telefon auf Französisch.

Der junge Mann kommt aus Guinea und ist im März 2020 nach Bremen gekommen. Geflüchtet vor der Armut in seinem Land, hofft er, irgendwann in Deutschland studieren zu können. Das Jugendamt hier schätzt sein Alter auf 23 Jahre. In Guinea sei er offi-

ziell 2004 geboren, sagt Diallo selbst. Diallo gehört zu den jugendlichen Geflüchteten, die einen sogenannten Verteilungsbescheid bekommen haben. Das bedeutet, dass Bremen sich nicht mehr für sie zuständig sieht und sie zunächst an andere Städte verteilt, die die Betroffenen wiederum an sogenannte Ankerzentren schicken könnten – in Spanien oder Italien beispielsweise. Der Verein Fluchtraum aus Bremen, der junge Geflüchtete begleitet und betreut, stellt fest, dass solche Umverteilungen aktuell geballt vorgenommen werden. 40 Klienten, die der Verein betreut, seien davon betroffen, ein Großteil von ihnen ist in psychologischer Behandlung.

Mit einem „Hilferuf“ wandte er sich deshalb an die Behörden und an die Presse. „Die

Situation ist wahnsinnig angespannt. Wir können sie nicht mehr händeln“, sagt Sabine Zetsche, Mitarbeiterin bei Fluchtraum. Fast täglich riefen Trainer, Lehrerinnen, Psychologinnen oder Mentoren an und fragten nach Hilfe. Der Verein sei bloß Überbringer der schlechten Nachrichten und könne wenig tun, sagt Zetsche. Einen genauen Grund für die plötzliche Zunahme der Bescheide kennt sie nicht, der Verein spricht von einer strikteren Durchsetzung von Umverteilungen durch die Behörden und Gerichte.

Verschiedene Szenarien

Bis April war Diallo in einer Erstaufnahme-einrichtung in Kattenturm untergebracht. Jetzt schläft er abwechselnd bei unterschiedlichen Freunden, oft auf dem Sofa. Er soll zu nächst nach Bramsche umverteilt werden, wo die Behörden über das weitere Vorgehen entscheiden. Dort wäre ein Asylverfahren möglich – aber auch, dass er in ein anderes europäisches Land umverteilt wird, von wo aus ihm womöglich die Abschiebung zurück nach Guinea droht.

„Dass das Thema der Umverteilung eines Tages aufkommen wird, ist klar, sobald unsere Klienten zu uns kommen“, sagt Zetsche. „Wir versuchen, ihnen das immer wieder zu sagen. Aber im Alltag gerät das schnell in Vergessenheit.“ Die jungen Migranten leben sich in Bremen ein, gehen zur Schule, bauen sich ein Umfeld auf. „Von jetzt auf gleich werden sie da herausgerissen.“

Boubacar Diallo möchte nicht über seine Flucht sprechen, er will sie vergessen. Er nehme Medikamente, um die schrecklichen Bilder zu verdrängen. „Ich habe viele Menschen sterben sehen“, sagt er. Viele Geflüchtete leiden unter psychischen Störungen, werden auch therapeutisch behandelt. Widersprechen sie ihrer Umverteilung, ist es am

gendwann vorbei sein wird, ist den politischen Akteuren klar: Es muss eine Lösung für die Verteilungsfrage gefunden werden, wenn das Bremer Jugendhilfesystem nicht übermäßig belastet werden soll. In der Vergangenheit gab es mehrfach Ärger, weil sich jugendliche Flüchtlinge weigerten, Bremen zu verlassen und es deshalb auch zu Polizeieinsätzen kam. Während die SPD den Einsatz von physischem Zwang bei verweigerter Kooperation nicht ausschließen möchte, sind insbesondere die Linken, aber auch Teile der Grünen, gegen Gewaltanwendung bei der Durchsetzung der Umverteilung.

Eine Arbeitsgruppe hat sich zwischenzeitlich mit der Frage beschäftigt, wie auf mangelnde Kooperation reagiert werden soll. Ergebnis: Die Sozialbehörde soll gebeten werden, ein intensivpädagogisches Konzept zu erarbeiten und die Beratung der Jugendlichen zu verbessern.

THE

Debatte über Umverteilung

Bremen. Die Umverteilung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge in andere Kommunen bleibt ein potenzielles Konfliktthema für das rot-grün-rote Regierungsbündnis. Der Koalitionsausschuss – ein in unregelmäßigen Abständen tagendes Gremium aus Spitzenvertretern der drei Parteien – hat sich am Montagabend mit dem Problem beschäftigt.

Bremen nimmt seit Jahren mehr junge Flüchtlinge auf, als es nach dem bundesweiten Verteilungsschlüssel unterbringen müsste. Im Jahr 2019 etwa wären knapp 90 Personen von der Jugendhilfe der Hansestadt aufzunehmen gewesen, tatsächlich blieben rund 180 hier. 2020 kamen coronabedingt deutlich weniger Kinder und Jugendliche an, es wurden wegen der Pandemie aber auch keine weiteren Umverteilungen in andere Städte und Gemeinden vorgenommen.

2021 zogen die Aufnahmezahlen wieder an. Da auch die Pandemie-Sonderlage ir-

Mehr Praktiker in der Lehre

Uni Bremen schließt Vertrag mit Weltwirtschaftsinstitut – zum Wintersemester soll Institutspersonal vor Studierenden treten

VON FRANK HETHEY

Bremen. Die Universität Bremen will die Zusammenarbeit mit dem Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) jetzt auch vertraglich regeln. Das hat der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Jochen Zimmermann gegenüber dem WESER-KURIER verlauten lassen. Danach liegt bereits ein Vertragsentwurf vor. Zum kommenden Wintersemester 2021/22 soll der Kontrakt in Kraft treten. Zugleich schließt Zimmermann nicht aus, dass Bremer Köpfe in Zukunft eine größere Rolle im HWWI spielen werden.

Seit zehn Jahren unterhält das HWWI eine Außenstelle in Bremen mit aktuell vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Gemeinsame Projekte hat es laut Zimmermann schon häufiger gegeben, nun wolle sich das HWWI noch stärker in die Lehre einbringen.

„Diese Idee finden wir alle toll.“ Der Vertrag lenke die bisherige Zusammenarbeit in geordnete Bahnen. Damit werde die anwendungsorientierte Seite des relativ kleinen



Das HWWI will seine Präsenz an der Universität Bremen verankern.

FOTO: FLORIAN SULZER

Fachbereichs aufgewertet. „Für uns ist das eine gute Mischung.“

Das HWWI bestätigte die Pläne. „Mehrere Kollegen werden kleinere Lehraufträge übernehmen“, sagte Geschäftsführer Dirk Süß. Das HWWI werde aber in Hamburg bleiben, der Standort sei ohnehin nicht „so entscheidend“. Süß: „Die Uni Bremen ist nur ein Kooperationspartner von vielen.“ Die schon länger andauernde gute Zusammenarbeit werde weiter fortgesetzt. Ähnlich äußerte sich Zimmermann: „Es ist überhaupt nicht geplant, Anteile des HWWI zu übernehmen.“

Erst im Sommer hatte HWWI-Direktor Henning Vöpel seinen Posten überraschend aufgegeben. Laut „Hamburger Abendblatt“ wegen unwillkommener Einmischungen der Handelskammer, was Süß allerdings dementiert. Seit 2016 fungiert die Kammer als Träger des Instituts, vorher war das HWWI der

Ende Ermessenssache der Gerichte, ob die Anordnung umgesetzt wird.

„Umverteilungen sind Alltag im Zusammenhang mit jungen Flüchtlingen. Ansonsten würde diese Gruppe verstärkt bestimmte Großstädte als Zielort ansteuern mit all den Folgen, die solch eine Entwicklung in diesen Städten mit sich bringen würde, obwohl in anderen Städten und Gemeinden deutschlandweit Aufnahmemöglichkeiten und Angebote bestehen“, heißt es dazu von der Innenbehörde. Die Sozialbehörde entscheidet über die Umverteilung, mit ihr werde man sich „selbstverständlich austauschen.“ Bevor dies geschehen ist, könne sich das Ressort von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) nicht inhaltlich zu den Forderungen des Vereins Fluchtraum äußern.

ANZEIGE

Vielen Dank an alle Bus&Bahn-Abonent*innen!

Jetzt **#besserweiter** mit Bus&Bahn vom 13. bis 26.09.2021.

Unser Geschenk finden Sie auf www.besserweiter.de/abo-upgrade oder einfach **QR-Code** scannen.



Deutschland Abo-Upgrade

FREIMARKT

Zeltbetreiber erhalten Zuschlag für Biergärten

Bremen. Der Freimarkt muss in diesem Jahr - wie bereits berichtet - ohne die großen Festzelte auskommen. Aber deren Betreiber werden trotzdem prominent vertreten sein. Den Zuschlag für die geplanten drei großen Biergärten haben die Inhaber der Bayernfesthalle, des Hansezelts und der Königsalm erhalten. Das teilte das Wirtschaftsressort von Kristina Vogt (Linke) am Dienstag mit. Die Verantwortlichen hätten jeweils ein überzeugendes Konzept vorgelegt, so ein Sprecher. Vorgangene Woche war es zu einer Ausschreibung für die Biergarten-Lösung gekommen, nachdem die Inhaber erklärt hatten, ihre Großzelte in diesem Jahr nicht aufbauen zu wollen. Hintergrund des Verzichts sind coronabedingte Auflagen, die den Verantwortlichen zufolge einen wirtschaftlichen Betrieb der Zelte kaum möglich gemacht hätten.

FEW